



Die Hinwendung zur Wirklichkeit

von Alex Demirovic ■ ■

Der Juso-Bundeskongress nahm den Antrag „Für eine Linke der Zukunft. Thesen zu jungsozialistischer Politik“ mit deutlicher Mehrheit an. Die Thesen wollen der sozialistischen Zielorientierung mehr Geltung verschaffen und setzen einen wichtigen Kontrapunkt im Kontext der deutschen Sozialdemokratie, die sich als Partei der neuen Mitte versteht. Unter Kurt Beck wurde diese Orientierung etwas gemildert, durch die aktuellen Personalentscheidungen aber erneut bekräftigt.



Der Feststellung der Thesen ist zuzustimmen, die SPD sei derzeit keine sozialistische Partei. Jedoch ist die Schlussfolgerung unangemessen, andere linke Kräfte müssten vom sozialistischen Engagement in der SPD überzeugt sowie das Ziel verfolgt werden, alle progressiven Kräfte wieder in der SPD zu versammeln (These 15). Das war historisch zu keinem Zeitpunkt der Fall. Gerade im Sinne eines demokratischen Sozialismus muss die sozialistische Linke mit der Pluralität ihrer Strömungen leben. Nicht alle wollen erst in der SPD für eine linke Partei kämpfen, sie finden Alternativen, die eine linke Politik sogleich ermöglichen. Viele wollen ihren Veränderungswillen nicht auf Gremiensitzungen, Verfahren und Abstimmungen beschränken, sondern Praktiken der emanzipierten Lebensgestaltung entwickeln. All dies begünstigt eine kritische und lebendige Diskussion. Entscheidend ist das politische Handeln für das Ziel einer selbstbestimmten und freien Vergesellschaftung, ein Zusammenleben in Frieden und ohne Ausbeutung. Es kann keine Pflicht geben, sich dafür zunächst in der SPD oder einer anderen Partei zu bewähren. Parteien sind Organisationen, die unter Umständen helfen, das Ziel besser zu erreichen – das Ziel überschreitet aber jede einzelne Organisation und Organisationsform. Dennoch wäre es positiv, wenn sich aufgrund des Engagements der Jusos Kräfteverschiebungen in der SPD ergäben, die zur Entstehung möglicher gesellschaftsverändernder Bündnisse und sozialer Bewegungen sowie von diesen getragenen Regierungskoalitionen beitragen (vgl. Thesen 17 und 20).

Die Jusos sehen sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet und streben eine andere Gesellschaft, andere Formen des Zusammenlebens jenseits der Totalität des Kapitalismus an. Sie dehnen den Kreis der zur Veränderung stehenden Verhältnisse also weit über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den Staat aus und beziehen Unterdrückungsverhältnisse wie Sexismus oder Rassismus mit ein (vgl. Thesen 37ff). Darüber hinaus wollen sie die nationalstaatlichen Hemmnisse von Politik überwinden, für eine Internationalisierung der ArbeiterInnenbewegung



eintreten und zur Auflösung standortnationalistischer Argumentationsmuster beitragen. Die Veränderungen sollen durch demokratische Diskussionen ermöglicht, nicht durch Eliteentscheidungen herbeigeführt werden. Ganz richtig wird betont, dass die Vorstellungen von Sozialismus nicht vorweggenommen werden sollten, sondern Ergebnis der demokratischen Prozesse sein müssen. Eine sozialistische Organisation sollte aber auch Vorschläge machen, wie dieser Sozialismus herbeigeführt und organisiert werden kann. Aus der Sicht der Jusos – und im Unterschied zu anderen sozialistischen und emanzipatorischen Strömungen – nicht zur Bevormundung anderer, sondern um die Diskussion voranzubringen. Sie sollte erläutern, in welcher Weise der demokratische Prozess zum gewünschten Ziel führen kann. In These 8 wird auf das Erfordernis einer diese kapitalistische Gesellschaft überwindenden politischen Strategie hingewiesen. In welcher Weise sich ein solcher Übergang demokratisch vollziehen kann, wird allenfalls indirekt dargelegt.

» Der Kapitalismus wird als ein auf dem Marktprinzip und der Konkurrenz basierendes System charakterisiert. Die Vermehrung des eingesetzten Kapitals sei das eigentliche Ziel der Produktion, nicht die Bedürfnisbefriedigung und die wirklichen Interessen der Menschen (vgl. Thesen 9, 10 und 27). Danach handelt es sich bei der Kapitalakkumulation um einen bloß systemischen Prozess, der sich über die menschlichen Bedürfnisse und Konflikte hinwegsetzt. Demzufolge wären die politisch-ökonomischen Prozesse nicht durch Menschen und ihre Konflikte vermittelt. These 16 hält daran fest, dass auch die gegenwärtige Gesellschaft eine von Klassen sei, aber dies wird nicht zu der Aneignung des Arbeitsvermögens der Menschen durch eine Minderheit von Privilegierten in Beziehung gesetzt. Politisch legt dies nahe, dass alle Menschen diesem System äußerlich gegenüberstehen und unter dem Blickwinkel ihrer wirklichen Bedürfnisse GegnerInnen dieser überwältigenden Macht des Kapitalismus sein müssten. Jedoch sind nicht nur unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten Aussagen

darüber zweifelhaft, was die richtigen Bedürfnisse der Menschen sein sollten. Die Totalität der kapitalistischen Verhältnisse selbst entspricht bestimmten Bedürfnissen, nämlich derjenigen, die damit ihre Machtpositionen durchsetzen und erhalten. Deswegen ist die Formulierung in These 9, wonach Kapital und Arbeit als Antagonismus sich gegenseitig bedingen und sich nicht hierarchisieren lassen, ungenau und problematisch, denn daraus könnte geschlossen werden, dieses Verhältnis von Kapital und Arbeit ließe sich niemals beenden, weil die Arbeiter das Kapital brauchen, soll es nicht zu einem Rückschritt auf das Niveau von Handwerkersozialismus und Maschinenstürmerei kommen. Kapital und Arbeit, genauer: Lohnarbeit befinden sich in einem antagonistischen Verhältnis, aber ihr Verhältnis muss als Hierarchie verstanden werden. Das Kapital benötigt, um sich vermehren zu können, die lebendige Arbeit der unmittelbaren ProduzentInnen und bringt sie deswegen unter ihr Kommando, aber die Arbeit benötigt nicht das Kapital – wenn unter Kapital nicht die gesellschaftlichen Ressourcen, sondern ein Eigentumsverhältnis verstanden wird. Dieses ermöglicht, dass einige wenige sich die Mehrarbeit der Mehrheit der Menschen aneignen und alles so erscheint, als würden die KapitaleignerInnen etwas riskieren, investieren, arbeiten, den gesellschaftlichen Reichtum vermehren.



» Der Kapitalismus basiert nicht auf dem Marktprinzip, sondern auf der Lohnarbeit und der Verwandlung der privat angeeigneten gesellschaftlichen Mehrarbeit in Kapital. Er schließt neben der Konkurrenz auch die Bildung von Monopolen und die Beseitigung von Märkten ein. Wichtiger ist, dass die daraus sich ergebende Behauptung in These 12, wonach der Kapitalismus keinen bürgerlichen Rechtsstaat braucht, zwar mit der in den Thesen dargelegten systemtheoretischen Auffassung zusammengeht, wonach der Kapitalismus ein profitorientiertes System ist, aber nicht richtig ist. Diese Überlegung erscheint mir zentral für die in den Thesen vertretene Auffassung von Politik und Strategie. Denn These 12 zufolge ist der Staat gleichzeitig materielle Voraussetzung der Kapitalakkumulation und Dienstleister des Kapitals. Darin wird die Möglichkeit gesehen, in die systemische Dynamik einzugreifen und Akzentverschiebungen vorzunehmen (ebd.). Zu den Basisaufgaben des Rechtsstaates gehörten ebenso der soziale Frieden und die Autobahnzufahrt (!). Der soziale Friede ist jedoch keine Aufgabe des Staates unter anderen, genau zu diesem Zweck wurde der vom Bürgertum vorgefundene feudale Staatsapparat umgebaut, während staatliche Aufgaben je nach Konjunktur und innerkapitalistischer Konkurrenz auch mal Privaten überlassen werden. Mein Eindruck ist, dass sich hier eine klassische sozialdemokratische Form der Staatstheorie fortsetzt. Danach soll der Staat dem Kapital zwar äußerlich und systemwidrig sein, aber ohne Staat ginge es auch nicht. Das wiederum gebe den sozialen und demokratischen Kräften die Möglichkeit, die Konkurrenzökonomie durch Gesetze und Normen der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Der Staat – womit in den Thesen zu Recht nicht mehr der Nationalstaat, sondern ein Mehrebenenstaat gemeint ist – erscheint insofern als die Gegenkraft, die dem Kapital die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben abtrotzt. Damit wäre schließlich auch die Frage nach der Demokratie in groben Zügen beantwortet: Es handelt sich um einen parlamentarisch-repräsentativen Gesetzgebungsprozess, in dem es einer starken linken Partei gelingt, die kapitalistische Eigendynamik wieder einzubetten. Solche Bemühungen um parlamentarische

Mehrheiten und um Neuregulierung, wie z.B. Wiedereinrichtung einer starken progressiven Besteuerung und umfassende Investitionsprogramme, sind sinnvoll. Aber der moderne Staat ist so ambivalent und widersprüchlich wie das Kapitalverhältnis und stellt eine der fürchterlichsten Formen der Ausübung von Macht dar. Kritik des Staates und emanzipatorische Entstaatlichung sind für die Selbstbestimmung der Individuen unerlässlich. Es ist notwendig, aus der Alternative Markt und Staat herauszutreten, in die der Liberalismus die Linke fängt. Die Entwicklung des Kapitalismus selbst hat die Theorie der sozialen Demokratie in wesentlichen Aspekten widerlegt – nicht zuletzt, wenn man die starken Wechsel betrachtet, denen die SPD unterworfen war. So trat sie für sozialstaatliche Regulierungen ein, hob selbige im Namen von Sachnotwendigkeiten aber auch wieder auf. Relevante Mehrheiten für emanzipatorische Ziele lassen sich allein auf dem parlamentarischen Weg nicht gewinnen. Beschlossene Gesetze werden unterlaufen und von Verwaltungen nicht implementiert. Von Kapitalmacht unterstützte neue demokratische Mehrheiten stoßen Erreichtes wieder um. Die Frage für die Linke ist, wie sich effektive Brüche organisieren lassen. Es bedarf breiter sozialer Bewegungen, selbstbestimmter Öffentlichkeiten in der Hand der Öffentlichkeit (nicht der KapitaleignerInnen, Kirchen und Parteien), der Erweiterung der politischen Einrichtungen durch neue Verfahren und Institutionen der Demokratie, starker Gewerkschaften. Das demokratische Engagement vieler Menschen muss als gesellschaftlich produktive Arbeit anerkannt werden um nachhaltig wirksam zu werden. ■

☞ Dr. Alex Demirovic ist Gastprofessor am Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch-politische Bildung der Technischen Universität Berlin. Der Beitrag bezieht sich auf die Fassung der Thesen vom 11.10.2008, Änderungen des Juso-Bundeskongresses konnten nicht berücksichtigt werden.